Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Landbote. 1849-1934
1919

136 (20.11.1919)

Visual Library

Erscheint
Dienstag, Donnerstag
und Samstag.

Bezugs-Preis:
Durch die Post bezogen
monatlich 93 Pfennig
am Postschalter abgeholt,
durch den Briefträger und
unsere Austräger
frei ins Haus gebracht
monatlich 1 Mk.
Der Bezugspreis ist im Voraus zu entrichten.
Einzelnummer 10 Pfennig.

Geschäftszeit 1/28—5 Uhr,
Sonntags geschlossen.

Fernsprechanschluß Nr. 11.

Der Landbote

Sinsheimer Zeitung

Gegründet 1839

General-Anzeiger für das Elsenz- und Schwarzbachtal

Aelteste und verbreitetste Zeitung dieser Gegend. Haupt-Anzeigen-Blatt.

Anzeigen
kosten im Anzeigenteil die Petitzeile (42 mm breit) 30 Pfg. bei Platzvorschrift 35 Pfg im textlichen Teil (87 mm breit) 60 Pfg an erster Stelle 70 Pfg. Bei Wiederholung tariffester Rabatt, der bei Nichteinhaltung des Zieles, bei gerichtlichen Betreibungen und bei Konkursen außer Kraft tritt. Erfüllungsort Sinsheim.

Schluß d. Anzeigenannahme 8 Uhr vorm., umfangreichere Anzeigen wollen Tags zuvor aufgegeben werden.

Postscheck-Konto
Karlsruhe Nr. 6903

№ 136. Donnerstag, den 20. November 1919. 80. Jahrgang

Das Wichtigste.

Minister Dietrich sprach am Samstag abend in Pforzheim über den Wiedereintritt Deutschlands in die Weltwirtschaft und erntete lebhaften Beifall.

*

Der Untersuchungsausschuß eröffnete am Montag wieder die Verhandlungen mit einer Erklärung über seine Aufgaben und setzte dann die Befragung Helfferichs, Bethmanns und Bernstorffs über die Wilsonsche Friedensvermittlung fort. Die Vernehmung Helfferichs wurde beendet. Gestern Dienstag fand die Vernehmung Hindenburgs und Ludendorffs statt.

*

Der Streik in der Mannheimer Metallindustrie darf nunmehr als beendigt gelten.

*

Oberschlesien und Teschen sollen zu einem selbständigen Herzogtum vereinigt werden.

*

Die französische Regierung hat ein Gesetz erlassen, wonach die elsässischen Autonomisten wegen Landesverrats verfolgt werden.

*

In Italien, Belgien und Frankreich haben am Sonntag die Kammerwahlen stattgefunden.

*

General v. Eberhardt hat das Kommando über die Truppen Vermondts übernommen. Die westrussische Regierung ist aufgelöst

*

In den vom amerikanischen Senat angenommenen Vorbehalten wird die Monroedoktrin gegenüber dem Völkerbund aufrecht erhalen.

Minister Dietrich über den Wiedereintritt Deutschlands in die Weltwirtschaft.

bc **Pforzheim** 17. Nov. Am Samstag abend sprach hier im überfüllten Saale des Museums auf Veranlassung der Deutschen-Demokratischen Partei Minister Dietrich über den Wiedereintritt Deutschlands in die Weltwirtschaft. Nach den „Pforzheimer Neuesten Nachrichten" führte der Redner aus; daß der Weltkrieg die deutsche Wirtschaft in ein Trümmerfeld umgewandelt habe, das wieder geebnet werden müsse. Der Redner ging auf den Friedensvertrag näher ein und kam zu der Folgerung, daß die Absicht unserer Feinde sei, uns vom Weltmarkt zu verdrängen. Man habe uns Verpflichtungen auferlegt, die sich auf rund 100 Milliarden belaufen würden. Diese Summe aufzubringen sei aber nur möglich, wenn Frankreich, das den Hauptteil dieser Summe fordere Deutschland in wirtschaftlicher Beziehung auf die Beine helfe. Wenn Frankreich seine Clemenceaupolitik weitertreibe, würde es Schiffbruch erleiden. Es habe den Krieg gewonnen und werde ihn vielleicht noch verlieren. Wirtschaftlich stände es absolut nicht so glänzend da, wie es selbst gern glauben möchte. Auch in den übrigen, sich um Deutschland gruppierenden Ländern, sei die wirtschaftliche Lage absolut nicht rosig. Rußland sei infolge seiner Eigenschaft als Agrarstaat am ersten in der Lage, sich wieder emporzuarbeiten. Dazu wäre ihm aber unbedingt die Handreichung Deutschlands nötig, da dieses allein ihm seine Produktionen abnehmen könne. Deutschland hatte infolgedessen auch wieder in Rußland eine gutes Absatzgebiet. Italien fehle es an allem, was es brauche. Hierauf besprach der Redner die Zwangswirtschaft, mit deren teilweise Aufgebung man schlechte Erfahrungen gemacht habe. Aufrecht erhalten könne man die Zwangswirtschaft nur, wenn was erfaßt werden solle, auch ganz erfaßt würde, wenn die für die erfaßten Waren festgesetzten Preise auch streng innegehalten und wennn auch für die eingeführten Waren die Preise festgesetzt würden. Es sei ein moralisch unhaltbarer Zustand, daß die Verordnungen, die der Staat herausgebe, so wenig vom Volk beachtet würden. Wenn die moralischen Mißstände beseitigt worden seien, würde das Volk auch wieder anfangen zu arbeiten. Der Redner trat ferner für die Wiedereinführung der Akkordarbeit und für die Abschaffung der Erwerbslosenunterstützung ein. Die Arbeiterschaft habe sich teilweise schon wieder zur Akkordarbeit bekannt. Die Erwerbslosenfürsorge habe seit der Revolution Auswüchse gezeitigt, die ihre Abschaffung unbedingt rechtfertigten. Die Städte, die größere Beihilfen leisten müßten als der Staat, würden sich versündigen an der Arbeiterschaft, die arbeitswillig sei. Nur Arbeit und nochmals Arbeit könne Deutschland wieder hoch bringen. Der Staatsgedanke müsse gestärkt werden. Statt dessen wollten viele Leute nur kritisieren. Wenn wir gegenseitiges Vertrauen zu einander hätten dann wäre der Wiederaufbau Deutschlands gesichert. Der Vortrag erntete lebhaften Beifall.

Ueber „Deutschlands Ausverkauf"

schreibt Geheimrat Deutsch von der A. E. G. in der „Vossischen Zeitung":

„Deutschland droht die günstige Konjunktur für seine Arbeitskraft zum Verhängnis zu werden. Den Fremden kann man es nicht übelnehmen daß sie diese für billige Käufe in Deutschland infolge der schlechten Valuta ausnützen. Das Schlimme aber ist, daß ihnen in der unvernünftigsten Weise von der deutschen Geschäftswelt selbst Assistenz geleistet wird. Aus der großen Zahl der mir bekannt gewordenen, geradezu unsinnigen Offerten will ich nur ein paar herausgreifen, um die Lage zu kennzeichnen: Nach der Schweiz sind in der letzten Zeit von deutschen Waggonfabriken Waggons zum Preise von 23 000 Mark angeboten worden, für die schweizerische Fabriken 23 000 Franken — also das fünf- bis sechsfache — gefordert haben. Im neutralen Auslande lag eine deutsche Offerte für Großgasmaschinen zum Preise von 980 000 Franken vor, für die die Ententeländer 2,2 Millionen Franken verlangten. Besonders stark sind die deutschen Unterbietungen in der letzten Zeit in Skandinavien gewesen. Deutsche Fabriken erboten sich in Schweden zur Lieferung von Kränen für 50 000 Kronen, für die von schwedischen Fabriken Offerten für 200 000 Kronen vorlagen. Und in Kopenhagen lagen Preisofferten für Automobile über 5000 Kronen vor, die die dänischen Fabriken erklärten, nicht unter 12 000 Kronen liefern zu können. In Spanien ist neuerdings Kleineisenguß zum Einheitspreis von Pes. 8,6 von Deutschland, 68 von Frankreich, 70 von England angeboten worden. Es ist in Skandinavien ebenso in England und Frankreich auch bereits angeregt, einen Einfuhrzoll in Höhe der Valutadifferenz zu erheben. Und vor ungefähr zwei Wochen haben in der Schweiz Beratungen darüber stattgefunden, ob es nicht notwendig sein würde die Grenzen gegen Deutschland zu schließen um dem zu billigen Eingang deutscher Waren zu wehren. Aber es handelt sich hier nicht um die Schuld der Industriellen. Ein sehr erhebliches Maß von Schuld trägt der Handel. Eine Reihe gerade der billigsten Offerten die ins Ausland gelangen, stammt nicht von Fabrikanten, sondern von Händlern. Unter Wahrung und Schutz der deutschen wirtschaftlichen Interessen versteht die augenblickliche Regierung anscheinend immer nur den Schutz des Handels. Eines schönen Tages ist Deutschland ausverkauft und damit wird dann die deutsche Wirtschaft endgültig ruiniert und überhaupt nicht wieder aufzubauen sein. Ich bin mein Leben lang dafür eingetreten, die Wirtschaft so wenig wie möglich durch Zwang zu behelligen. Aber daß **nur nach einem Plan gewirtschaftet werden kann die die Einfuhr auf geordnete Wege bringt** und es nicht ohne weiteres in das Belieben jedes einzelnen stellt, was er von Deutschlands Gut ins Ausland verschleudern will, ist mir vollkommen klar."

Protest gegen den Untersuchungsausschuß.

Berlin 15. Nov. Auf Grund einstimmigen Beschlusses einer zahlreich besuchten Mitgliederversammlung richtete der Ortsverein Berlin-Schöneberg der Deutschen Volkspartei an die Fraktion der Deutschen Volkspartei in der Nationalversammlung ein Schreiben, in dem er sein Bedauern darüber ausspricht, daß **in dem jetzt tagenden parlamentarischen Untersuchungsausschuß jüdische Mitglieder in übergroßer Anzahl vertreten sind.** Es beleidigt das deutsche Volksempfinden, daß die Vertreter des alten Deutschen Reiches gerade vor Juden als vor ihren Richtern erscheinen müssen. Gerade weil wir als Partei antisemitische Tendenzen ablehnen, hätten wir hier mehr Rücksicht auf das berechtigte Selbstgefühl des deutschen Volkes und eine größere Zurückhaltung der beteiligten jüdischen Kreise erwartet.

Helfferich wieder vor dem Untersuchungsausschuß.

Berlin 17. Nov. Im Untersuchungsausschuß war der Andrang zu der heutigen Sitzung sehr stark. Auch der Staatssekretär Dr. Helfferich war wieder erschienen. Bei Eröffnung der Sitzung verlas der Vorsitzende Gothein eine Erklärung, in der darauf hingewiesen wird, daß der Untersuchungsausschuß lediglich den Charakter einer parlamentarischen Enquetekommission habe und daß alle Mitglieder des Ausschusses ebenso aber auch alle **Zeugen sich in ihren Aussagen aller Vorurteile zu enthalten haben.** Staatssekretär Dr. Helfferich, der Einspruch gleich zu Beginn der heutigen Sitzung bekannt zu geben wünschte, fügte sich dem Vorschlag des Vorsitzenden, diese Erklärung zu Protokoll zu geben. Er bittet, daß der Hauptausschuß dazu Stellung nimmt.

Dem wurde stattgegeben und die Verhandlungen, welche sich in einer Nachmittagssitzung fortsetzten, wieder aufgenommen; damit fanden auch die Vernehmungen Helfferichs ihren Abschluß.

Heute spricht Hindenburg.

Berlin 18. Nov. Am heutigen Dienstag werden nunmehr Generalfeldmarschall v. Hindenburg und General Ludendorff vernommen werden. Wie wir hören wird der Generalfeldmarschall auf die ihm bereits am Sonntag übergebenen formulierten acht Fragen gleichfalls eine schriftliche Antwort vorlesen. General Ludendorff wird sich den Aussagen seines direkten Vorgesetzten anschließen. Es besteht nicht die Absicht die beiden Militärs einem scharfen Kreuzverhör zu unterziehen sondern man wird vielmehr versuchen, die Vernehmung unter Vermeidung aller nicht unbedingt notwendigen Fragen möglichst schnell und glatt durchzuführen.

Um das Erscheinen Hindenburgs und Ludendorffs vor dem Ausschuß auf alle Fälle zu ermöglichen, hat die Sicherheitswehr umfassende Maßnahmen getroffen. Der Weg des Generalfeldmarschalls von der Hefferichschen Wohnung in der Hitzingstraße wo Hindenburg abgestiegen ist, zum Reichstagsgebäude, wird von starken Kräften der Sicherheitswehr besetzt und jede Versuch einer Durchbrechung der Sperre, von welcher Seite es auch sein mag, soll mit allen zu Gebote stehenden Mitteln verhindert werden.

In Erwartung Hindenburgs hatten sich gestern früh vor dem Reichstagsgebäude mehrere hundert Menschen angesammelt, die, wie an den Tagen zuvor, demonstrieren wollten. Nur die Schüler fehlten heute. Dagegen waren wieder Studenten in Band und Mütze erschienen, auch zahlreiche Offiziere und Soldaten mit schwarz-weiß-roten Abzeichen auf den Aermeln. Die Sicherheitspolizei hatte für die Absperrung um das Reichstagsgebäude zu sorgen. Da trotz alledem die Ansammlungen keinen großen Umfang annahmen zerstreuten sich schließlich die Teilnehmer.

Acht Fragen an Hindenburg und Ludendorff.

Berlin, 18. Nov. Zu der heutigen Vernehmung Hindenburgs und Ludendorffs vor dem Untersuchungsausschuß weiß die Post zu melden, der Ausschuß habe acht Fragen zusammengestellt, die sich bereits in den Händen der beiden Zeugen befinden. Der Feldmarschall und General Ludendorff werden darauf zusammenhängend antworten In der Hauptsache wünscht der Ausschuß zu erfahren, inwieweit die Feldherren **um die politischen Pläne gewußt** haben. Es bestand die Absicht beim Ausschuß, sich mit der Auskunft zu begnügen.

Die Vernehmung Hindenburgs und Ludendorffs.

W **Berlin** 18. Nov. Um 10¼ Uhr betraten Hindenburg und Ludendorff den schon lange vor Beginn der Sitzung dichtgefüllten Saal. Auf dem Zeugensitz vor dem Hindenburgplatz lag ein Strauß von weißen Crysanthemen, durchschlungen von einem schwarz-weiß-roten Bande. Auf die Begrüßungsworte des Vorsitzenden des Untersuchungsausschusses, Abg. Gothein erwiderte Generalfeldmarschall von Hindenburg, daß es ihm ein Bedürfnis gewesen sei, an der Seite seines Kampfgenossen in schwerer und großer Zeit zu erscheinen. Hierauf leistete Hindenburg den vorgeschriebenen Eid mit dem religiösen Zusatz. General Ludendorff, der wie Hindenburg den vorgeschriebenen Eid mit dem religiösen Zusatz leistete, verlas zuvor eine gemeinsame Erklärung, wonach Hindenburg und er sich zu der Eides- und Aussagenleistung lediglich aus der Erwägung heraus entschlossen haben, daß nach einem vierjährigen Kriege ein so starkes Volk wie Deutschland ein Recht darauf habe, zu hören, wie sich die **Tatsachen unverzerrt und ohne Parteileidenschaft** an der Front und in der Heimat abgespielt haben. Nur an der Wahrheit kann das deutsche Volk genesen! Bezüglich der Verfassungsmäßigkeit des Untersuchungsausschusses schließen sich die beiden Heerführer den gestern von Staatssekretär Dr. Helfferich in seiner Erklärung dargelegten Vorbehalten an. Generalfeldmarschall v. Hindenburg führte sodann aus: Das zahlenmäßige Verhältnis der Truppen und Kräfte an Menschen, Maschinen, Munition und anderen Hilfsmitteln war für uns und zwar von Anfang an so ungünstig wie möglich. Selbst getragen von der Liebe zum Vaterlande kannten wir nur ein Ziel: Das deutsche Reich und das deutsche Volk soweit menschliche Kräfte und militärische Mittel es vermochten vor Schaden zu bewahren und militärischerseits es einem guten Frieden entgegenzuführen. Dazu mußten wir den unerschütterlichen Willen zum Siege haben der unlöslich gebunden war an den Glauben an unser gutes Recht.

Kann Deutschland den Friedensvertrag finanziell erfüllen?

Berlin 17. Nov. Bankdirektor Melchior, der als einer der fünf Delegierten von Versailles zu den besten Kennern des Friedensvertrages gehörte sprach in der Gesellschaft der Hamburger Juristen über den Friedensvertrag und die deutschen Finanzen. Nachdem er verschiedene Bedingungen des Vertrages beleuchtet hatte, führte er aus: In dem Friedensvertrag sind zwei sich widerstrebende Tendenzen zum Ausdruck gekommen; Der Wunsch Englands den deutschen Handel auf lange Zeit zu zerstören und das Bestreben Frankreichs, die deutsche Bevölkerungsziffer möglichst der französischen anzupassen; anderseits tritt unverhüllt das Bestreben hervor, **möglichst viel aus dem zerschlagenen Lande herauszuholen.** Diese sich widerstrebenden Tendenzen machen die Erfüllung des Friedensvertrages **unmöglich.** Nach eingehenden Ausführungen über die deutsche Handelsbilanz schloß er: Unser Schicksal und damit des europ. Kontinents wird davon abhängen, ob es gelingt, die Grundlagen für unsere Entschädigung nicht in den Ziffern und Mengen des Friedensvertrages, sondern in der Produktionsmöglichkeit und in der Steuerkraft des deutschen Volkes zu finden.

Eine Stimme der Einsicht.

Die englische Presse geht mit einem auffallenden Schweigen über die Nachforderungen der Entente an Deutschland hinweg. Der radikal-liberale „Manchester Guadian" kritisiert sie hingegen mit großer Schärfe. Das Blatt erinnert daran, daß die Versenkung der deutschen Kriegsflotte bei Scapa Flow, obwohl nach seiner Ansicht fraglos in technischer Beziehung ein Bruch der Waffenstillstandsbedingungen vom britischen und amerikanischen Standpunkt, kein materieller Verlust gewesen sei. Denn es sei kein Geheimnis, daß die **Admiralitätsbehörden Großbritanniens und der Verein. Staaten keine deutschen Kriegsschiffe haben wollten** und tatsächlich selbst für eine „Versenkungslösung waren. Frankreich allein habe wirklichen Anstoß an der Sache genommen. Das Verlangen auf Auslieferung von 400 000 Tonnen an Baggern, Docks usw. nennt der „Guardian" einen vernichtenden Schlag, der für Deutschland tatsächlich viel ernster sei als der Verlust der alten verrosteten bei Scapa Flow versenkten Schiffe denn er ziele gegen Deutschlands Fähigkeit, sich überhaupt von seiner durch den Friedensvertrag herbeigeführten Schiffahrtsmisere zu erholen. Man lasse also Deutschland für eine Handlung leiden, die zugegebenermaßen von Amerika und England nicht als schädlich angesehen wurde und die so viel die Beweise ergäben, lediglich die „Geste" der deutschen Marineoffiziere und nicht der deutschen Regierung gewesen sei. Das liberale Organ fragt, ob es die Absicht der Alliierten sei, Deutschland nicht allein auf dem militärischen Felde, sondern auch auf allen Gebieten der menschlichen Betätigung rücksichtslos zu vernichten, und äußert die Ansicht, daß die öffentliche Meinung in England ein derartiges Verfahren, das mit Menschlichkeit und staatsmännischer Kunst nicht im Einklang stehe, nicht billigen würde. Das Blatt schließt, indem es der Auffassung seines Berliner Korrespondenten, die Alliierten dienten durch derartige Methoden nur den Zwecken der deutschen Reaktion, rückhaltlos bestimmt.

Die Kritik des „Manchester Guardian" trifft den Nagel auf den Kopf, und es wäre sehr zu wünschen, daß auch seine Ansicht über die Stellungnahme der britischen Oeffentlichkeit zu dieser für Deutschland ungemein ernsten Angelegenheit richtig sei. Einstweilen müssen wir das bezweifeln, denn die Gesinnung von Völkern demokratisch regierter Länder pflegt man aus den Handlungen ihrer Regierungen zu erkennen.

Deutsche Spar-Prämienanleihe 1919

Wer zeichnet, spart und gewinnt!

Zum Schlußakt der Tragödie.

Basel 15. Nov. Havas meldet: Der Oberste Rat hat einen Antrag des eingesetzten Untersuchungsausschusses erhalten, der die Namen der **auszuliefernden Deutschen, Oesterreicher, Bulgaren und Türken enthält.** Der Oberste Rat wird unmittelbar nach Ratifizierung des Friedens über die Auslieferungslisten Beschluß fassen. Die Auslieferungslisten selbst sind jetzt abgeschlossen worden.

Monroedoktrin und Völkerbund.

Washington 16. Nov. Der Senat hat folgenden Vorbehalten zugestimmt: 1. Die Vereinigten Staaten sind in der Anwendung und Auslegung der Monroedoktrin souverän. Sie unterliegt in keiner Weise der Gerichtsbarkeit des Völkerbundes. 2. Die Vollmachten der Reparationskommission betr. die Regelung des amerikanischen **Exports nach Deutschland** kann nur nach der Sanktion des Kongresses zur Anwendung gebracht werden. 3. Der Kongreß ernennt die **Vertreter Amerikas** im Völkerbund und in den internationalen Kommissionen. 4. Bezüglich der Verwaltung feindlicher Güter erkennt Amerika nur die Ansprüche amerikanischer Staatsbürger an. 5. Der Senat stimmt den Vorbehalten betr. den wirtschaftlichen Boykott und die **Rüstungen zu.**

Aus dem Baltikum.

Erschwerungen der Ostseeschiffahrt.

Berlin 17. Nov. Die Ostseeschiffahrt, die von der Freigabe der Fahrt gegen Geleitschein eine Erleichterung erhofft hatte ist, wie der „Vossischen Zeitung" aus Stettin berichtet wird schwer getäuscht worden. Die Bewilligung der Geleitscheine dauert acht Tage bis drei Wochen. Für Stückgut und Lebensmittel seien die Geleitscheine leichter zu erhalten, für Erzfrachten dagegen überhaupt nicht. Dabei werden bei der Bewilligung noch allerhand Schikanen ausgeübt, sodaß das ganze Geleitscheinsystem einer Komödie gleicht. Den Reedern wird von der Ablehnung überhaupt keine Mitteilung gemacht, so daß sie nicht disponieren können.

Lettische Banden überfallen Deutsche.

W **Memel** 17. Nov. Nach einer Meldung des Memeler „Dampfboot" überfiel am 13. eine lettische Bande in der Nähe von Rucksau einen Kleinbahnzug, in dem sich einige deutsche Arbeiter und reichsdeutsche Soldaten, sämtlich unbewaffnet, befanden. Die Ueberfallenen befanden sich im Dienste der deutschen Verwaltung. Fünf deutsche Soldaten wurden getötet, 20 gefangen genommen. Von den einheimischen Arbeitern wurden einer getötet und vier verletzt.

Lösung der Baltikumfrage?

Berlin 15. Nov. Der Begleiter der Ententekommission für das Baltikum Admiral Hopmann hat die Mitteilung erhalten, daß der Führer der russischen Westarmee Awaloff Bermondtt mit seiner ganzen Armee gestern nacht dem Befehl des Generals Eberhard unterstellt habe. Dieser wird **versuchen die geordnete Rückführung der ehemalig reichsdeutschen Truppen zu ermöglichen.**

*

Wenn es General Eberhard gelingen sollte, sein Vorhaben erfolgreich zu beendigen, so würde dies die Lösung der baltischen Fragen bedeuten. Es bliebe der Regierung auf diese Weise erspart, sich mit Rücksicht auf das Verlangen der Entente von Volksgenossen lossagen zu müssen. Und der Entente würde durch die restlose Rückführung aller deutschen Truppen die Grundlage für die angedrohten Zwangsmaßnahmen entzogen. Eine durchaus befriedigende Erledigung der schwebenden Ostfragen! Denn wenn auch die Macht der Entente die Regierung zwang, den Forderungen nachzugeben und diejenigen zu opfern, die nicht gewillt waren, das Reichsinteresse anzuerkennen, so war diese gewaltsame Regelung angesichts des feindlichen Drucks ein Heilmittel, das wegen der Preisgabe der Stammesgenossen eines bitteren Nachgeschmacks nicht entbehrte.

Das große Erwachen im Osten.

Basel 15. Nov. Die Preß-Information berichtet aus Tokio: Der Präsident der kaiserlichen Regierung in Tokio namens Sendai hielt eine Ansprache, in der er betonte, daß **Japan augenblicklich mehr Macht habe als es sich bewußt sei nur müsse diese Macht sich ausdehnen und sich über ganz Asien ausbreiten das vom europäischen Einfluß befreit werden müsse.** Alle buddhistischen Nationen sollten unter einem Zepter, nämlich dem des japanischen Kaisers, vereint werden, der zu gleicher Zeit das religiöse und politische Oberhaupt des neuen Reiches sein sollte.

Oberschlesien mit Teschen ein selbständiges Herzogtum.

Teschen 16. Nov. Der polnische Minister für Handel, Szczeniowiski äußerte daß die polnische Regierung beabsichtige, den Deutschen volle Schulfreiheit zu gewähren und **Oberschlesien mit Teschen zu einem selbständigen Herzogtum zu vereinigen.**

Die Neuwahlen in den Ententeländern.

In Frankreich.

W **Paris** 17. Nov. Havas. Obwohl die Wahlresultate noch unvollständig bekannt sind, drückt sich das Gesamtbild bereits deutlicher aus: **Der Erfolg der Politik Clemenceaus steht fest** dessen Anhänger bereits überall Boden gewannen, während die Oppositionsführer der radikalen Parteien, wie Renaudel in Toulon und Franklin Bouillon, Chaumet in Bordeaux geschlagen sind. Die Sozialisten verlieren viele Sitze, besonders in den Bezirken gegen die Front, im Elsaß und in Lothringen, wo sie wahrscheinlich alle Sitze verlieren werden. in Paris in Amiens und in der Gegend des Pas de Calais, wo sie gleichfalls alle Sitze verlieren. Albert Thomas ist gewählt. Die Liste Longuet ist ausgesprochen in der Minderheit, doch steht diesbezüglich noch nicht bestimmtes fest.

Genf 17. Nov. Ueber die französischen Wahlen schreibt der Korrespondent des „Tageblattes" u. a.: „Wie auch die kommende Kammer zusammengesetzt sein wird, so ist es klar, daß **kaum ein einziger Freund des gegenwärtigen Deutschlands in ihr sitzen wird.** Die extremen Sozialisten hassen die Regierung Ebert-Noske und würden nur zu den deutschen Unabhängigen halten. Die gemäßigten Sozialisten haben die vollständige Entwaffnung Deutschlands zur Wahlparole gemacht. Dasselbe gilt von den Radikalen und von dem großen Rest. Weiter nach rechts braucht man gar nicht erst zu gehen.

Straßburg 18. Nov. In Elsaß-Lothringen wurden die **Kandidaten des nationalen Blocks gewählt.**

Belgien.

W **Amsterdam** 17. Nov. Der Telegraph meldet aus Brüssel: **Die Zusammensetzung der belgischen Kammer** wird in der Hauptsache wahrscheinlich folgendermaßen sein: 79—80 Katholiken, 65—67 Sozialisten und 37—38 Liberale. Die Katholiken haben damit ihre frühere Mehrheit verloren.

Rücktritt des belgischen Kabinetts.

Haag 18. Nov. Aus Brüssel wird der bevorstehende Rücktritt des Kabinetts angekündigt; die Notwendigkeit hierzu entstehe **aus dem Wahlergebnis** welches den Sozialisten 2 Ministerportefeuille mehr einräumt als bisher. Minister van der Velde äußerte seine Zufriedenheit über das Wahlergebnis. Die Sozialisten erhielten in den Gegenden, wo sie früher Hunderte von Stimmen hatten jetzt Tausende.

Italien.

Mailand 17. Nov. Hier haben die Sozialisten mit 36 476 Stimmen einen Vorsprung erhalten. Nach den letzten Nachrichten nahmen die Wahlen im Allgemeinen einen ruhigen Verlauf, doch wurden einige Zwischenfälle gemeldet, so in Corado, und Fercelli, wo es **einige Tote und Verwundete** gab.

Die furchtbare Kohlennot in Wien.

Wien 17. Nov. Der Korrespondenz Herzog zufolge erreichte die Kohlensituation derzeit einen noch **nie dagewesenen Tiefstand.** Für die städtischen Elektrizitätswerke langten am letzten Samstag 51 Tonnen Kohlen an, während der Bedarf 1100 Tonnen beträgt. Fast alle Mittelschulen gaben ihren Schülern für die kommende Woche Kälteferien, die wahrscheinlich noch weiter ausgedehnt werden. Auch die **Lebensmittelverhältnisse sind angesichts des Ausbleibens ausreichender Zufuhr tief traurig** geworden.

Die Reichsabgabenordnung.

Berlin, 18. Nov. Der Ausschuß der Nationalversammlung für die Reichsabgabeordnung hielt gestern noch eine Sitzung ab, um den schriftlichen Bericht über die Ausschußverhandlungen festzustellen. Berichterstatter für das Plenum ist der Abgeordnete Schneider-Franken (Ztr.) Die Beratungen wurden noch nicht zu Ende geführt. Die Fortsetzung wurde auf Dienstag nachmittag vertagt. Die zweite Beratung der Reichsabgabenordnung im Plenum wird voraussichtlich am Freitag, den 21. November, stattfinden.

Gegen die Politisierung der Schuljugend.

Aus dem preußischen Kultusministerium wird amtlich mitgeteilt: So sehr der Minister der Wissenschaft, Kunst und Volksbildung die Gefühle versteht und würdigt, die große Teile der deutschen Jugend in Liebe und Verehrung zu Feldmarschall v. Hindenburg aufblicken lassen so wenig ist er gewillt zu dulden, daß diese schönen berechtigten Gefühle von den politischen Drahtziehern mißbraucht werden für Zwecke, parteipolitischer gegen den Bestand der neuen Staatsordnung gerichteter Kundgebungen. Der Minister traf deshalb die strengsten Anordnungen, um zu verhindern daß fernerhin die Schuljugend in derartige Demonstrationen hineingezogen wird. Es ist unbedingt untersagt, ohne Zustimmung der vorgesetzten Behörden zwecks Beteiligung an Straßenkundgebungen den Unterricht ganz oder teilweise ausfallen zu lassen. Der Minister richtet an alle Schulleiter Lehrer und Eltern den dringenden Appell, ihn in seinem Bestreben **die Politik aus der Schule fernzuhalten,** nachdrücklichst zu unterstützen. Von diesem Bestreben wurde seine Anordnung diktiert, am 9. November von Schulfeiern abzusehen. Dem gleichen Bestreben gilt auch sein Einschreiten gegen die parteipolitischen Kundgebungen dieser Tage.

Die Politik soll aus der Schule bleiben! Sehr richtig und sehr schön. Wer aber hat denn mit dem sinnlosen Bilderlaß und dem Sturm auf Kaiser- und Bismarckbüsten erst die Politik in die Schule gebracht?

Zu den nationalen Kundgebungen in Berlin.

Berlin 17. Nov. Die sozialdemokratische Partei hat am Sonntag vormittag ihre Anhänger in 4 großen Sälen zusammenberufen um **gegen die Vorkommnisse der letzten Tage zu protestieren.** In allen Versammlungen wurde eine gleichlautende Entschließung angenommen die dadurch besonders bemerkenswert ist, daß neben der Ablehnung der deutsch-nationalen Kundgebungen der Wille der Arbeiterschaft zum Ausdruck kommt, die Spaltung des Proletariats in Mehrheitssozialisten und Unabhängige wieder zu überbrücken. Die Entschließung besagt im wesentlichen folgendes: Die Versammelten fordern, daß die zuständigen Behörden mit der bisher geübten Nachsicht gegenüber den deutschnationalen Treibereien brechen und mit aller Schärfe dagegen einschreiten. Sie fordenr insbesondere, daß endlich daran gegangen wird, reaktionäre Beamte und Offiziere rücksichtslos zu entfernen. Ebenso sind sofort und ohne Pension alle Schulleiter zu entlassen, die die Teilnahme der Schüler an deutschnationalen Demonstrationen während der Schulzeit veranlassen oder dulden. Die Versammlung richtet aber auch an die gesamte Arbeiterschaft die erneute dringende Aufforderung, den Bruderkrieg ,der lediglich die Reaktion stärkt, einzustellen und sich auf den Boden der sozialdemokrat. Partei zum Kampfe gegen die Reaktion und die Sicherung der revolutionären Errungenschaften einheitlich zusammenzuschließen. Im Verlaufe der verschiedenen Versammlungen kamen die in der Resolution niedergelegten Gedankengänge im einzelnen zum Ausdruck.

Parademarsch vor Hindenburg.

Berlin 18. Nov. Gestern mittag kurz vor 11 Uhr marschierte mit klingendem Spiel eine Ehrenkompagnie des Freikorps Lützow feldmarschmäßig ausgerüstet durch die Sperrkette der Sicherheitspolizei die Hitzigstraße entlang zur Villa Dr. Helfferichs, bei dem Hindenburg Wohnung genommen hat. Gegenüber der Villa des Staatsministers Helfferich schwenkten die Soldaten ein und nahmen in zwei Gliedern Aufstellung. Zugleich mit der Truppe waren größere Trupps von Neugierigen gekommen, die ebenfalls in die Hitzigstraße einzudringen versuchten. Die Sicherheitspolizei drängte die Zivilpersonen zurück und schloß die von der Truppe durchbrochene Kette. **Der Generalfeldmarschall trat aus der Villa und schritt die Front der Truppe ab.** Diese zog dann, an der Spitze die Musikkapelle mit Parademarsch an Hindenburg vorüber. Es handelt sich hier wie beim Empfang Hindenburgs nicht um eine offizielle Kundegbung. Von zuständiger Seite wird erklärt, daß das Reichswehrgruppenkommando keine Kenntnis von der Absicht einer solchen Demonstration hatte.

Die Bekämpfung der Kohlennot.

W **Berlin** 7. Nov. Von zuständiger Stelle wird mitgeteilt: In der Kohlenversorgung wurde eine schwerwiegende Entscheidung getroffen. Trotz aller Bemühungen, die Vorräte der Eisenbahnen an Dienstkohle zu erhöhen, haben die letzten Wochen weitere Verminderungen der Bestände gebracht. Einzelne Eisenbahndirektionen haben kaum noch für drei Tage Vorräte. Im Durchschnitt sinkt der Vorrat in jeder Woche um einen Tagesverbrauch. Abgesehen davon, daß sich auf diese Weise nur noch ein ganz unwirtschaftlicher Betrieb führen läßt, **muß dieser Zustand unfehlbar zum Zusammenbruch führen.** Bricht aber der Eisenbahnverkehr zusammen, so hört auch die Allgemeine Kohlen- und Lebensmittelversorgung auf. Vor dieser fundamentalen Gefahr muß im Augenblick alles andere zurücktreten. Um ihr zu begegenen haben sich die verantwortlichen Stellen der Regierung zu einem Gewaltmittel entschlossen: Die Eisenbahnen werden in den nächsten Tagen an allererster Stelle beliefert werden bis sie wieder einige Vorräte haben. Es wird versucht werden die lebenswichtigen Betriebe hierunter möglichst wenig leiden zu lassen. Die übrigen Verbraucher und die Industrie, insbesondere die Großeisenindustrie und der Hausbrand, werden stark in Mitleidenschaft gezogen. Schwere Schäden werden im Gefolge dieser Maßnahme nicht ausbleiben. Sie sämtlich zu vermeiden ist aber bei der jetzigen Lage nicht möglich. Im Augenblick müssen wir alle Kräfte zusammenhalten, um die schwerste Gefahr den Zusammenbruch des Eisenbahnbetriebes abzuwenden ohne Rücksicht auf den Schaden, der dadurch an anderen Stellen entstehen kann. Ist diese Hauptgefahr behoben, so können wir hoffen, auch der anderen Gefahr Herr zu werden und den inzwischen anderwärts entstandenen Schaden wieder gut zu machen.

Die Töchter der Frau Konsul.

Roman von Fritz Gantzer.

25 Nachdruck verboten.

„Daß du mich auch in der Ferne ein bißchen liebbehältst und manchmal schreibst, wie es dir geht. Und daß du nicht mehr vom Borgen sprichst!"

„Alles, nur das letzte nicht, Onkel!" entgegnete sie fest, sich aufrichtend.

„Na, denn nicht, du alter Dickkopf! Aber wehe, zahlst du mir nicht pünktlich zurück! Ich lasse dich auspfänden!"

„Wenn's bei einer armen Lehrerin etwas zu holen gibt", scherzte sie zurück.

Als die Geldangelegenheit erledigt war, verabschiedete sich Regine.

„Laß meinen Besuch und deine freundliche Hilfe unser Geschenk? Und was? Und wann gekommen? Und wo es verHand reichte.

„I, natürlich", versprach er. „Das geht andere Leute absolut nichts an. Nur meiner Frau werde ich's erzählen, denn vor der hatte ich noch nie ein Geheimnis. Aber ihrer Verschwiegenheit darfst du sicher sein. Und nun in Gottes Namen, Döchting! Und wir bleiben die alten, nicht wahr?"

Sie versicherte ihn ihrer Treue und Dankbarkeit mit tränenerstickter Stimme. Und als er dann die Haustür hinter ihr geschlossen hatte und sie ihn nicht mehr sah, war es ihr, als habe sie den Vater zum andern male verloren.

Mit zögernden Schritten näherte sie sich dem Vaterhause. Es kam ihr wie ein stilles und doch heißes Verlangen in den Sinn, einzutreten und wenigstens der Mutter ein Lebewohl zu sagen. Aber die lange Front hatte kein einziges erleuchtetes Fenster. Kalt und entschieden abweisend berührte der düstere Steinkoloß. Und Reginens Sehnen sank in sich zusammen wie ein verglimmender Stern. Man hatte sie während so vieler Tage nicht gewollt. Würde es heute da noch so manches Neue zu ihren alten „Verfehlungen" gekommen, anders sein? Schließlich erlebte sie am letzten Ende ein eisiges Türweisen. Und das nicht auch noch mit hinwegnehmen müssen neben aller schon erlebter Bitterkeit. Nein! Lieber still, von niemand mehr gesehen fort!

Und doch kam es nicht dazu. Als sie sich stark machte und ihre wehen Augen von dem lieben Hause löste, um schnell weiterzugehen, da sie in letzter Sekunde doch noch ein weichmütiges Wankendwerden fürchtet, stand Doris, die von ihrem Spaziergang heimkehrte, vor ihr.

Regine hätte still an der Schwester vorübergehen können; denn Doris erkannte sie in der halben Dunkelheit nicht und bog schon aus. Aber das litt Reginens verlangendes Herz nicht. Und dazu kam daß sie sich plötzlich der noch unerfüllten Bitte Moritz Schölerkamps erinnerte. Vorwurfsvoll mahnend kam der Gedanke daran in ihren Sinn.

„Doris!" rief sie leise.

Die Angesprochene schrie in halbem Erschrecken auf, um dann wie erstarrt stehenzubleiben. Endlich ein erstaunt fragendes und freudegetränktes: „Du? O, du, Regine? „Komm! Komm ein Stück mit mir!"

Im nächsten Augenblicke fühlte sie sich am Arme ergriffen.

Doris machte sich von ihrer augenblickslangen Energielosigkeit frei. „Nein, nicht da hinaus Regine!" sagte sie entschieden. „Komm du mit mir! Komm heim, Regine!"

„Nein, nein! Dazu kannst du mich nicht bewegen. Jetzt nicht mehr. Vielleicht, wenn du dies Wort wenige Minuten früher gesagt hättest, da noch ein schwaches Verlangen in meiner Seele war. Nun habe ich bereits entschieden."

Doris fand keinen neuen Widerspruch. Mechanisch schritt sie neben der Schwester her. Bis ein leises Weinen ihre Starrheit löste. Und Regine sprach .Redete von einem Nichtanderskönnen und von dem, was sie dazu gebracht. „Vielleicht gehe ich zu Unrecht," sagte sie zuletzt. „Denn ich handele im Grunde genommen wohl nicht, wie ein Kind handeln soll. Und am Ende straft micht meine Zukunft mit einer Fülle von Mißlingen. Ich will ihr dennoch mutig entgegengehen. Wenn es sein muß: mit Trotz und ohne Bereuen."

Doris hörte wortlos zu. Was hätte sie dem bestimmten, entschlossenen Sprechen der Schwester auch entgegnen sollen? Sie fühlte und empfand ja mit ihr. Erst als Regine von dem heimlichen Geschenk Moritz Schölerkamps zu erzählen anhob, schlug ihr resigniertes Schweigen in stürmische Aufregung um, die in sich überstürzenden Fragen ihren Ausdruck fand. Ein Geschenk? Und was? Und wann gekommen? UQnd wo es verwahrt sei? . . . . Ihr eben noch trauriges, mitfühlendes Herz war in einen einzigen Lustgarten verkehrt und trank Sonnenglänzen, daß alles Leid schwand und der Schwester Geschick zu einem bedeutungslosen Nichts wurde.

Sie hatten schon die Dammtorbrücke erreicht, als Regine mit ihren häufig unterbrochenen Mitteilungen am Ende war und sie Doris nun umzukehren bat.

Da erst erwachte die Glückliche wie aus einer seligen Betäubung und vermochte es, ihr Sinnen wieder der Wirklichkeit zuzuwenden. Sie klammerte sich mit beiden Händen an den Arm der Schwwester und versicherte, sie würde es nicht dulden, daß sie ginge. Sie müsse mit heim. Sie solle ruhiger werden, überlegen, es würde noch alles gut enden! Und eine Aussprache mit der Mutter . . . und . . . und . . . Die Aeltere erzwang sich entschieden die Freigabe ihres fest umschlossenen Armes und schnitt das zuletzt zusammenhanglose Flehen der Schwester mit einem kurzen Wort ab. „Es ist nutzlos, daß du mich bestürmst. Ich ändere meinen Entschluß nicht mehr."

Ehe Doris zu einer Entgegnung Zeit fand, fühlte sie sich plötzlich stürmisch umschlungen und mit heißer Zärtlichkeit geküßt. Und letzte zitternde Worte schlugen an ihr Ohr: „Liebes treues Schwesterherz . . . liebe liebe Kleine! Leb' wohl! Und trag' oft Blumen zur Gruft hinaus. Viele. Aus dem Garten! Wenn der Frühling kommt."

Ein wildes Zittern bebte über Doris Gardings jungen Leib. Eine heiße Angst schnürte ihr die Kehle zu, daß sie zu ersticken fürchtete und nicht das Vermögen besaß, einen Laut über ihre Lippen zu bringen. Und ihre Füße waren wie gelähmt. Als sie endlich die Gewalt über sich zurückgewann, war Reginens Gestalt schon in der Dunkelheit verschwunden.

Menschen gingen an ihr vorüber, die regungslos Starrende verwundert musternd. Ein Wagen rollte heran. Und von fern draußen vom Hafen her oder noch weiter fort, vielleicht aus der Gegend des Leuchtfeuers bei Brüsterort, kam auf den Fittichen des Abendwindes das mißtönende Heulen eines Nebelhorns.

Doris raffte sich auf und taumelte heim. Es war wirklich ein Taumeln und Schwanken. Mehr ein Vorwärtstasten mit den Füßen, als ein sicheres Ausschreiten . . .

Und nun kniete sie schon, noch mit Hut und Mantel bekleidet vor dem Toilittentisch Reginens und entfernte mit zitternden Händen die Papierhüllen von einem kleinen Schächtelchen. Bis endlich ein Reif min funkelndem Rubin in ihrem Schoße lag. Sie wollte sich freuen, sie wollte den Ring nehmen und an die Lippen pressen. Und tat schließlich ganz etwas anderes. Weinte. Weinte wie ein glücksverlassenes, unsäglich trauriges Menschenkind. Und der funkelnde Rubin im goldenen Ring wurde mit kristallenen Perlen überschüttelt, die ihm im Zerinnen seinen Glanz nahmen.

(Fortsetzung in der Beilage.)

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK Baden-Württemberg